

Liebe KriegsdienstgegnerInnen,

vor 65 Jahren habe ich den Kriegsdienst verweigert, damals mussten wir noch vor einen Prüfungsausschuss, der die religiösen oder pazifistischen Gewissensgründe überprüfte. Ich war damals Kreisvorsitzender der Internationale der Kriegsdienstgegner (IdK) in Solingen, leitete Beratungsstunden für Betroffene und wusste, was man antworten musste um anerkannt zu werden, entschloss mich aber selbst zu einer politischen Verweigerung. Kernthese: Ich bin nicht bereit in einer Armee zu dienen, die von Generälen befehligt wird, die führend am faschistischen Zweiten Weltkrieg beteiligt waren und von denen ich nicht weiß, ob sie auch für Kriegsverbrechen verantwortlich sind.

Ich fiel durch die Instanzen – wurde nicht anerkannt.

Vier Jahre später bekam ich den Einberufungsbescheid, musste aber neu gemustert werden. Als der Arzt mich vor der Untersuchung fragte „ob ich etwas hätte“, antwortete ich etwas launig: Ja, Bauchschmerzen. Der überraschende Kommentar des Arztes: Das kann ja etwas ernsthaftes sein, dann schreibe ich sie zuerst mal für ein Jahr untauglich. Nach dem Jahr erneute Musterung und diesmal auch ohne Untersuchung der Bescheid: Wir haben sie für dauerhaft wehruntauglich geschrieben. Der Leiter des Kreiswehrrersatzamtes – mein Nachbar – war relativ ehrlich: Was soll die Bundeswehr mit Journalisten, die schaffen doch nur Unruhe. Grüßen sie mir ihre Frau mit - die beiden duzten sich. Sie wird sich sicher freuen, denn sie haben ja ein kleines Mädchen und da ist es gut, wenn der Vater zu Hause ist.

Bei der ersten Musterung: beste Tauglichkeit, als leidenschaftlicher Bergsteiger und Skiläufer Empfehlung Gebirgsjäger. Fünf Jahre später: Ersatzreserve zwei, politisch untauglich.

Ich hatte aus politischen Gründen verweigert, hatte dargelegt, dass die neue Aufrüstung sich gegen denselben Feind im Osten richtete, wie in den vorhergehenden zwei Weltkriegen. Das Wort Bedrohungslüge kannte ich damals noch nicht. Heute sollte es aber jeder von uns immer im Kopf haben, wenn über wachsende Kriegsgefahr geredet wird, denn die meisten Kriege werden mit Lügen begründet – mit Bedrohungslügen!

Beispiele: Am 1. September 1939 verkündete Hitler in seiner Reichstagsrede : „Seit 5:45 Uhr wird jetzt zurück geschossen!“ Aber das »zurück geschossen«, war gelogen. Der angebliche Überfall polnischer Freischärler auf den deutschen Rundfunksender Gleiwitz war von den Nazis inszeniert.

Dem Krieg der USA gegen Nordvietnam ging 1964 die Lüge voraus nordvietnamesische Schnellboote hätten im Golf von Tongkin den US-Zerstörer Maddox beschossen. Der damalige US-Kriegsminister Robert McNamara bestätigt in seinen Memoiren, dass es diesen Zwischenfall nie gab.

2003 begründeten die USA ihren Einmarsch in den Irak damit, dass ein Angriff des Iraks mit Massenvernichtungsmitteln auf die USA verhindert werden müsse. In den Medien wurden Fotos veröffentlicht, die Transporte von biologischen und chemischen Waffen zeigen sollten. Bilder, die der US-Verteidigungsminister Colin Powell selbst vor der UN-Vollversammlung zeigte, um die Zustimmung zur Intervention im Irak zu erhalten. Bilder, die sich 2004 alle als vom US-Geheimdienst produzierte Fälschungen herausstellten. Powell entschuldigte sich öffentlich, er habe seinen Geheimdiensten vertraut.

Auch die anderen Angriffskriege in den letzten Jahrzehnten wurden mit Halbwahrheiten und Lügen begründet. Das trifft für den zweiten Golfkrieg genauso zu, wie für den NATO-Krieg gegen Serbien, für die Bombardierung Libyens genauso wie für den Afghanistankrieg und den russischen Einmarsch in die Ukraine. Erst recht gilt es für die aktuelle Kriegsführung Israels und der USA gegen den Iran. Ich habe keine Sympathie für das die Menschenrechte mit Füßen tretende Regime in Teheran, aber wenn Trump von einer Gefahr für die USA durch den Iran spricht, so ist das lächerlich. Selbst für die US-Geheimdienste (ZDF-Ticker vom 02.03.) gab es keine Hinweise auf einen „Präventivschlag Teherans gegen die USA“. Auch dieser Krieg ist ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg.

Kommen wir noch mal zurück auf den russischen Überfall auf die Ukraine. Er wird zum Anlass genommen, um bei uns wieder einmal die »Russische Gefahr« zu beschwören. Sie muss erhalten für eine bisher beispiellose Hochrüstung. Sie muss erhalten für die neue Wehrpflichtdebatte.

2015 betrug der deutsche Rüstungsetat 33Mrd. €, für 2026 sind 108 Mrd. vorgesehen – das ist mehr als das dreifache. Und die Ausgaben sollen weiter steigen: auf 152 Mrd 2029 und nach NATO-Beschluss auf fünf Prozent des BIP fürs Militär bis 2035. Das wären 255 Mrd. €, jeder zweite Euro aus dem Bundeshaushalt fürs Militär. Da bleibt nichts mehr für Bildung, bezahlbaren Wohnraum und Soziales.

Ja, Russland hat die Ukraine überfallen und einen Angriffskrieg müssen wir verurteilen, aber ist Russland für uns wirklich eine Gefahr? Dagegen spricht, dass die NATO neunmal soviel für Rüstung ausgibt wie Russland. Auch ohne

die USA sind die NATO-Staaten Russland weit überlegen. Westeuropa und Kanada investieren immerhin noch dreimal soviel in die Rüstung wie Russland. Noch deutlicher wird die Überlegenheit, wenn man die Streitkräfte und die Bewaffnung vergleicht: Das militärische Personal ist zweieinhalb mal so groß wie das Russlands, bei den Militärflugzeugen ist das Verhältnis 3,5:1, bei den Militärhubschraubern 5,5:1 und bei den Flugzeug- und Hubschrauberträgern gar 32:1. Selbst bei den Panzern hat die NATO die doppelte Stückzahl. Nur bei den atomaren Waffen gibt es ein Patt.

Das weiß auch Putin. Ich bin überzeugt: Er ist ein skrupelloser Machtpolitiker, er möchte Russland wieder als Weltmacht sehen, aber er ist sicher kein Selbstmörder.

Das sehen offensichtlich auch die US-amerikanischen Geheimdienste so. Deshalb stellten sie Ende 2024 in einer gemeinsamen Stellungnahme fest, ein russischer Angriff auf ein NATO-Land sei mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auszuschließen.

Wir müssen nicht kriegsfähig werden, wie Kriegsminister Pistorius fordert, wir müssen friedensfähig werden.

Die Bundeswehr muss nicht zu Europas größter konventioneller Streitmacht werden, wie Merz fordert. Deutschland sollte Friedensmacht werden: führend bei ziviler Konfliktbearbeitung, bei diplomatischen Offensiven zur Konfliktbeilegung, beim Einsatz ziviler Friedensfachkräfte.

Dafür brauchen wir keine Wehrpflicht!
!

Rede auf der Kundgebung „Gegen die Aktivierung der Wehrpflicht“, am 6. April in Mainz. Sie wurde aus Zeitgründen - mit Verweis auf die home page der Friedensinitiative - im Mittelteil (Bedrohungslügen) stark gekürzt vorgetragen.

Jürgen Nieth, Friedensinitiative Mainz
E-Mail: friedini.mainz@posteo.de
<https://friedens-ini-mainz.de>